

Innere Sicherheit in Brasilien: Hintergründe und Aussichten

Calcagnotto, Gilberto

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Calcagnotto, G. (2002). *Innere Sicherheit in Brasilien: Hintergründe und Aussichten*. (Brennpunkt Lateinamerika, 11). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443350>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 11

17. Juni 2002

ISSN 1437-6148

Innere Sicherheit in Brasilien: Hintergründe und Aussichten

Gilberto Calcagnotto

Eine Serie von Morden, Entführungen, Gefängnisrebellionen u.a.m. erschüttert Brasilien seit Anfang des Wahljahres 2002. Einige der Schreckenstaten schienen zunächst politisch motiviert zu sein. Wenn im Oktober dieses Jahres der Nachfolger von Präsident Cardoso gewählt wird, werden sich die Wähler bei der Stimmabgabe auch daran orientiert haben, was denn aus seiner „Politik der fünf Finger“ geworden ist – zu der neben Beschäftigung, Geldwertstabilität, Bildung und Gesundheit auch die innere Sicherheit zählte –, und was sein Nachfolger besonders in dem zuletzt genannten Bereich zu tun gedenkt.

Im Wahljahr hat sich die Kriminalität in Brasilien aus verschiedenen Gründen noch einmal intensiviert. Bereits zuvor hatten während der 90er Jahre die Indices von Kriminalität und Gewaltanwendung erschreckende Ausmaße angenommen. Inzwischen reiht sich das Land weltweit unter die Rekordhalter von Gewalttaten und Kriminalität ein (siehe Tab. 1).

Ganz untätig blieb die Regierung Cardoso jedoch nicht. Im Juni 2000 – geschockt von den Anfang des Monats live im Fernsehen übertragenen Szenen der Entführung eines Linienbusses in Rio de Janeiro mit der Ermordung einer Geisel sowie dem Erstickungstod des Geiselnähmers im Polizeiauto – stellte die brasilianische Bundesregierung in Windeseile einen dreijährigen „Nationalen Plan zur Öffentlichen Sicherheit“ mit 124 Maßnahmen und Gesamtkosten von drei Milliarden Reais auf. Mit diesem Plan wollte man eine Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage

durch die Bündelung von bundesweiten Maßnahmen mit lokalen und einzelstaatlichen Initiativen erreichen. Der am 20. Juni 2000 verkündete Plan umfasste von einer stärkeren Straßenbeleuchtung über eine bessere Ausstattung der einzelstaatlichen Polizeikräfte bis hin zur Verstärkung der Militärpräsenz an den (für Drogenhändler besonders durchlässigen) Landesgrenzen des Amazonasgebiets und dem Bau neuer Gefängnisse alles, was eine kurz- und mittelfristige Besserung der Situation versprach.

Doch mehr als anderthalb Jahre nach seiner Verabschiedung harrt der Plan immer noch einer konsequenten Umsetzung, mehr noch: Im Januar 2002 schienen die kaltblütige Ermordung des Bürgermeisters von Santo André im Großraum von São Paulo, der sich gerade durch die Umsetzung dieses Nationalen Sicherheitsplans und als programmatischer Wahlkampfleiter für den Präsidentschaftskandidaten der Arbeiterpartei PT

hervorgetan hatte, sowie wenig später der ebenso kaltblütige Mord an einem Staatsanwalt, der in Belo Horizonte die Ermittlungen gegen eine regional operierenden „Benzin-Mafia“ leitete, die

offensichtliche Ohnmacht von Polizei und Staat gegenüber dem organisierten Verbrechen aufzuzeigen.

Tabelle 1: DAS SICHERHEITSTHERMOMETER

Nach einer Untersuchung über Gewalttaten in 300 Städten weltweit liegen Brasiliens wichtigste Landeshauptstädte im oberen Bereich der Gewaltskala	
Ranking	Städte
Stufe 7	
Terrorismus, Guerilla-Krieg. Die Regierung ist nicht in der Lage, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.	Keine Stadt befindet sich weltweit gegenwärtig auf dieser Stufe.
Stufe 6	
Ein Verbrechen kann jederzeit und an jedem Ort auf der Straße geschehen. Politischer Terrorismus bzw. gewalttätige Auseinandersetzungen möglich.	Bogota (Kolumbien), Johannesburg (Südafrika)
Stufe 5	
Verbrechen als ständige Bedrohung. Risiko einer Entführung oder terroristischer Handlungen gegeben.	São Paulo und Rio de Janeiro (Brasilien), Cali und Medellín (Kolumbien) sowie Detroit (USA)
Stufe 4	
Bestimmte Zonen sind zu meiden. Risiko sozialer oder politischer Konflikte gegeben.	Belo Horizonte (Brasilien), Washington und Chicago (USA)
Stufe 3	
Geringes Vorkommen von Gewalttaten. Sicherheit tagsüber vorhanden.	Brasília und Curitiba (Brasilien) sowie Frankfurt (Deutschland)
Stufe 2	
Kleinere Straftaten, seltene Fälle von Gewalttaten. Wenige Risikozonen.	Lissabon (Portugal) und Venedig (Italien)
Stufe 1	
Sehr geringe Häufigkeit von Straftaten. Es gibt keine Risikozonen.	Bern (Schweiz) und Göteborg (Schweden)

Quelle: Control Risk Group, in: Veja, Suplemento Segurança, 13. Juni 2001.

In den folgenden Wochen wurden jedoch nicht nur diese beiden Fälle, sondern auch der am 10.9.2001 verübte Mord an einem weiteren Bürgermeister der Arbeiterpartei im Bundesstaat São Paulo überraschend schnell aufgeklärt. Weitere Polizeierfolge bei der Verfolgung von Entführern und Drahtziehern des Drogenhandels folgten in immer kürzeren Abständen und bestätigten die

Vermutung, dass die Polizei unter dem Druck der öffentlichen Meinung durchaus in der Lage sei, Erfolge zu erzielen.

Dies darf jedoch nicht über das wahre Ausmaß hinwegtäuschen, das insbesondere das organisierte Verbrechen in- und außerhalb der brasilianischen Gefängnisse inzwischen erreicht hat.

Die Entführung und bestialische Ermordung eines Journalisten im Juni 2002, der dem Drogen- und Menschenhandel in einer Favela von Rio de Janeiro nachging, offenbarte der entsetzten Öffentlichkeit, über welch großen Handlungsspielraum Drogenbosse verfügen, wenn sie sich als parallele Staatsgewalt zu gerieren gedenken. Das schnelle Eingreifen einer speziellen Polizeikommission führte in kürzester Zeit zur Identifizierung des Hauptverdächtigen, Elias Maluco¹, eines Drogenbosses, der über die Hälfte des Drogenhandels von Rio de Janeiro beherrscht. Vor zwei Jahren war er zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt worden, wurde jedoch zuvor mit Hilfe einer gerichtlichen *Habeas Corpus*-Entscheidung auf freien Fuß gesetzt und wird nun in ganz Brasilien gesucht.

Diese und ähnliche Fälle lassen Strukturmängel des brasilianischen Sicherheitsapparates deutlich an die Oberfläche treten. Hinter dem dadurch begründeten Handlungsbedarf bleibt der Nationale Sicherheitsplan vom Juni 2000 in seiner Implementierungsphase hoffnungslos zurück. Auch das vom Parlament in der ersten Jahreshälfte eilends geschnürte Paket zur Reform des Sicherheitsapparates kann höchstens als zaghafter Anfang angesehen werden.

Ein Blick auf die Zahlen der Jahre 1999 und 2000...

macht auf Anhieb deutlich, dass – wie nicht anders zu erwarten – der weitaus größte Anteil aller Straftaten auf *Eigentumsdelikte* entfällt. So beliefen sich die Diebstähle (*ohne Gewaltanwendung*) 1999 auf insgesamt 1,3 Millionen (31,6% mehr als 1998) und im Jahr 2000 gar auf 1,517 Millionen (12,4 % mehr als 1999).² Raubüberfälle *unter Anwendung von Gewalt* waren mit 583.825 bzw. 678.484 etwa halb so zahlreich wie die erstgenannte Gruppe, verzeichneten jedoch ebenfalls einen erheblichen Anstieg gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (21,9% bzw. 9,6%).

Eine Rekordhöhe erreichten die *Mordfälle* (1999: 60.440 Fälle nach einem Anstieg um 14,8% gegenüber dem Vorjahr), wobei mehr als die Hälfte (1999: 37.926; 2000: 37.975) auf die Kategorie „vorsätzliche Morde“, gut ein Viertel auf „fahrlässige Tötung“ (18.107) und 4.407

(2000: 1.736) auf „Raubmorde“ entfielen. Damit könnte Brasilien – nach einer strengen UNO-Klassifizierung und rein zahlenmäßig gesehen – als „Krieg führendes Land“³ angesehen werden; entsprechend bezeichnete Jean Ziegler, UN-Berichterstatler zur Lage der Welternährungssicherheit, nach einem Besuch in Brasilien Mitte März 2002 (Folha de São Paulo 18.3.2002) die Situation als „sozialen Krieg“. Hinzu kommen noch die Zahlen bezüglich der Mordversuche (28.401), Vergewaltigungen (1999: 17.173; 2000: 14.707) und Entführungen (1999: 513; 2000: 326).

Die Situation verschärfte sich insbesondere seit Mitte der 80er Jahre. Die Mordrate unter der männlichen Bevölkerung verdoppelte sich im Zeitraum von 1986 bis 1996 von 21,2 auf 43,5 je 100.000 Einwohner bzw. von 2,3 auf 4,4 je 100.000 Einwohner unter der weiblichen Bevölkerung)

Dieses Gewaltpanorama betrifft in besonderem Maße die *Großräume* von 12 Landeshauptstädten mit mehr als einer Million Einwohnern⁴, und hier vor allem die Wohnsiedlungen der Peripherie. Von den täglich insgesamt 300 Mordfällen in ganz Brasilien ereignet sich knapp die Hälfte in diesen Regionen. Das „Forschungszentrum Gewalt“ (*Núcleo de Estudos da Violência*, NEV) der Landesuniversität von São Paulo (USP) und das Studienzentrum zur Zeitgenössischen Kultur (CEDEC) in São Paulo erstellten hierzu so genannte „Risikokarten“ (*mapas de risco*), wobei die höchsten Mordraten in den Peripherien dieser Großstädte festgestellt wurde. Armut, Beschäftigungslosigkeit und das Fehlen grundlegender Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Transport, Kommunikation, Sicherheit und Justiz erreichen hier die höchsten Ausmaße. In São Paulo ist beispielsweise die Mordrate in Jardim Ângela, einem Stadtteil der Peripherie, mit 166,2 je 100.000 Einwohner 28 mal höher als die im reichen Stadtteil Moema mit 4,1. Unter den Opfern von Gewalttaten ist die Altersgruppe zwischen 18 und 21 Jahren am stärksten vertreten, wie die Zahlen für Rio de Janeiro zeigen. Dort waren 1995 in dieser Altersgruppe 139 Opfer je 100.000 Einwohner zu beklagen. Bei Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 ist die

¹ Von einer über 300 Männer starken Gefolgschaft unterstützt, hält Elias Maluco laut Aussagen von O Estado de São Paulo vom 13.2.2002 eine Favela mit mehr als 250.000 Menschen in Schach.

² Diese und folgende Daten vom brasilianischen Justizministerium in: Almanaque Abril 2001, S. 65 ff. sowie Almanaque Abril 2002, S. 79 ff.

³ Als Kriegsindikator nehmen die Vereinten Nationen nach Ziegler die Anzahl von jährlich 15.000 Mordfällen an.

⁴ Großraum Santos mit Baixada Santista, Belém, Belo Horizonte, Curitiba, Fortaleza, Natal, Porto Alegre, Recife, Rio de Janeiro, Salvador, São Paulo und Vitória.

Zahl der Mordopfer mit 55,5/100.000 ebenfalls überdurchschnittlich hoch.

Im *ländlichen Bereich* finden Konflikte in abgelegenen Regionen statt, wo sich weit entfernt von den städtischen Zentren Landarbeiter und Großgrundbesitzer, Indigene und Goldsucher um Landbesitz streiten. Nach Angaben der Bischöflichen Kommission für die Landpastorale fanden zwischen 1984 und 2001 im Zusammenhang mit Landkonflikten 1.200 Menschen einen gewaltsamen Tod. Diese Zahl übertrifft die der Toten und Verschwundenen unter der Militärdiktatur (1964-1985) um mehr als das Vierfache.

Einen besonderen Anstieg verzeichnete die *organisierte Drogenkriminalität*, bei der die Zahl der polizeilich registrierten Fälle von Drogenhandel zwischen 1999 und 2000 um 6% auf 23.239 zunahm. 1999 wurden in diesem Zusammenhang 2.434 Personen festgenommen und 5,7 t Kokain sowie 62,3 t Haschisch beschlagnahmt. Nach einem Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission zum Drogenhandel vom Dezember 2000 nimmt die Drogenroute in Kolumbien, Peru oder Bolivien ihren Anfang und führt auf dem Luftweg nach São Paulo und zu Großstädten, Flughäfen und Häfen (besonders Santos) des brasilianischen Südostens, von wo aus die Drogenfracht die Verbraucherzentren in Europa und den USA erreicht. Das Drogennetz wird teilweise durch korrupte Justiz-, Verwaltungsbeamte und Polizisten tatkräftig unterstützt; die Koordination des Drogenhandels erfolgt mit Hilfe von hineingeschmuggelten *Handys* sogar von der Gefängniszelle aus weitgehend ungehindert.

... und auf die Reaktionen von Regierung und Öffentlichkeit...

Auf die Empörung in den Medien und der öffentlichen Meinung reagierten die Politiker teilweise überraschend schnell und effektiv. So richtete das Parlament 1999 eine Untersuchungskommission zum Drogenhandel ein, die bis Ende 2000 nach spektakulären Vernehmungen die Verstrickung von Politikern, Richtern, Polizisten und Unternehmern in die organisierte Kriminalität und den Drogenhandel vor allem in den Bundesstaaten Acre (an der kolumbianischen Grenze), Maranhão, Piauí (beide im Nordosten), Rio de Janeiro und São Paulo aufdeckte. Dem in Acre gewählten Bundesabgeordneten Hildebrando Paschoal wurde das Mandat entzogen und im Jahr 2000 eine 10-jährige Haftstrafe wegen internationalen Drogenhandels gegen ihn verhängt; bei der Gelegenheit wurden weitere 42 Personen zu verschiedenen Haftstrafen verurteilt – die

Mehrzahl davon Angehörige der Schutz- und Kriminalpolizei (*Polícia Militar* und *Civil*). In ihrem Bericht vom Dezember 2000 schlug die erwähnte Untersuchungskommission die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen 824 Personen vor, die in Drogenhandel, Frachtdiebstahl, Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Korruption, Meineid und Betrug verwickelt sein sollten, neben etlichen Rechtsanwälten, Richtern, Polizisten und Unternehmern befanden sich darunter auch zwei ehemalige Landesgouverneure, zwei Bundesabgeordnete und 15 Landesabgeordnete.

Die 1997 vom Ministerium für Öffentliche Angelegenheiten (*Ministério Público*) – einer der Exekutivgewalt zugeordneten autonomen Justiz-Überwachungsbehörde – in São Paulo eingerichtete Sondergruppe zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität eröffnete bis zum Jahr 1999 150 Strafverfahren. In 60% der Fälle wurde die Verwicklung von Polizisten (als Teil von Banden) in den Drogen- und Waffenhandel sowie von Lastwagendiebstählen nachgewiesen.

Der im Oktober 1998 unter anderem dank eines umfassenden Plans zur Reform von Schutz- und Kriminalpolizei gewählte Gouverneur von Rio de Janeiro setzte ab Anfang 2000 seinen Plan für eine „Neue Polizei“ mit dem Ziel der Vereinigung von Schutz- und Kriminalpolizei in die Tat um. Über 1000 Polizisten und Staatsbeamte, die man einer Verwicklung in Straftaten verdächtigte, wurden in den Jahren 2000 und 2001 entlassen.

Im Juni 2000 legte die Bundesregierung in Brasília ihren „Nationalplan zur Öffentlichen Sicherheit“ vor, mit dem Ziel, Kriminalität und Gewalt unter Kontrolle zu bringen und zu reduzieren. In den Plan flossen Maßnahmen ein, die bereits Bestandteile anderer Programme waren oder die Mitwirkung der Zentral- und Gemeinde-regierungen voraussetzten. Zu den angestrebten Nahzielen gehörten die Bekämpfung von Drogenhandel und Organisierter Kriminalität, die Beschlagnahmung von Waffen sowie die Kontrolle des Waffenhandels und -besitzes, die Bekämpfung von Frachtdiebstählen durch eine bessere Überwachung des Überlandverkehrs, die Einrichtung eines Informationssystems zur Öffentlichen Sicherheit, die Erweiterung des Programms zum Schutz von Zeugen und Opfern von Straftaten, die Regulierung von Gewaltdarstellungen im Fernsehen, die Bekämpfung der Gewalt in den Städten, die Intensivierung des Nationalen Menschenrechtsprogramms, die Fortbildung sowie Auf- und Umrüstung der Polizei, die Verbesserung der Strafanstalten, die Verbesserung der Gesetzgebung in den genannten Berei-

chen und Einrichtung eines Nationalen Systems für die Öffentliche Sicherheit. Dessen Implementierung sollte durch das Bundesjustizministerium koordiniert werden und in Zusammenarbeit mit den Länder- und Gemeinderegierungen sowie mit Hilfe der lokalen Bevölkerung erfolgen. Zur Finanzierung des Programms wurde ein „Nationalfonds für die Öffentliche Sicherheit“ eingerichtet.

... zeigt eine allgemeine Fokussierung auf die Polizei⁵, ...

Allen erwähnten Reaktionen der politischen Ebene ist die Bemühung um kurzfristige Erfolge in der Verbrechensbekämpfung und -prävention gemeinsam, was zwangsweise die Rolle der Polizei in den Vordergrund rückt. Doch eine „Modernisierung und Integration“ der Polizei setzt voraus, dass man beim Umbau der bestehenden zersplitterten Strukturen und beim angestammten korporativen Denken von vier unabhängigen Polizeiorganisationen ansetzt, die dem föderalen Muster der Exekutive entsprechend zwei verschiedenen Regierungsebenen (Bund und Länder) unterstellt sind, eine Reform, die allenfalls mittel- und langfristig durchsetzbar erscheint.

Ähnlich wie die deutsche Polizei teilt sich auch die brasilianische Polizei in eine Sparte auf, die sich vorwiegend dem Schutz und der Aufrechterhaltung der Öffentlichen Ordnung widmet, und in eine andere, welcher die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten obliegt. Die Funktionen der deutschen Schutzpolizei nimmt in Brasilien die *Polícia Militar* mit ihren insgesamt 369.339 Mitgliedern wahr; außerdem übt sie unter besonderen Umständen die Funktion einer Hilfseinheit des Heeres aus (daher die Bezeichnung „Militärpolizei“). Diese letztere Funktion beinhaltet für die „Militärpolizei“ auch die Möglichkeit, dass sie von der Bundesregierung mobilisiert wird. Ihre Ämterordnung ist ähnlich hierarchisch strukturiert wie die des Heeres, wobei der einfache Polizeidienst aus „Soldaten“, *cabos* und Sergeanten (mit einem mittleren Bildungsniveau und einem relativ niedrigen Sold) besteht, während die Offizierslaufbahn die Stufen Leutnant, Kapitän, Major und Oberst (mit höherer Bildung und besserer Besoldung) umfasst. In manchen Bundesstaaten wird für den einfachen Dienst nicht einmal eine abgeschlossene Sekundarschulbildung verlangt, lediglich eine spezifische Grundausbildung von einem Jahr kommt hinzu. Für die Offiziersausbildung wird allerdings neben dem Sekundarschulabschluss auch

eine vierjährige Polizei-Grundausbildung verlangt. Die Besoldung ist ein Problem für sich – zum einen wegen der Höhe (R\$ 757 oder etwa das Vierfache des gesetzlichen Mindestlohns für einen einfachen Militärpolizisten am Anfang der Karriere), zum anderen wegen der Besoldungsungleichheit, die sich in manchen Bundesstaaten im Verhältnis von 1:15 zwischen der Besoldung eines einfachen Polizisten und der seines Dienststellenleiters ausdrückt.

Die Aufgaben der deutschen Kriminalpolizei werden in Brasilien von der *Polícia Civil* mit ihren 107.596 Mitgliedern wahrgenommen, davon ausgenommen sind Verbrechen im Zuständigkeitsbereich der Militärjustiz oder der Bundespolizei. Im Unterschied zur Militärpolizei wird die „Zivilpolizei“ von Dienststellenleitern (*delegados*) angeführt, deren Ausbildung ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaft mindestens mit dem Grad eines *bachelor* und eine 3-4-monatige Fachausbildung umfasst. Ihnen unterstehen Ermittlungsbeamte, Rechtsmediziner, Schriftführer, Wachpersonal und Fachleute verschiedener Ausrichtungen. In den meisten Bundesstaaten ist ein Abschluss der Sekundarschule für die Aufnahme einer drei bis vier Monate dauernden polizeilichen Fachausbildung zum Ermittler oder Schriftführer keine Voraussetzung. In einigen Bundesstaaten, besonders im Norden und Nordosten, wird die Dienststellenleitung in Ermangelung eines zivilen Kandidaten mit den erforderlichen Voraussetzungen einem Oberst der Militärpolizei übertragen. Ein Ermittlungsbeamter der brasilianischen Zivilpolizei des Bundesstaates São Paulo verdiente im Jahr 2000 R\$ 894, ein Dienststellenleiter lediglich R\$ 1.750 (ca. €850,00).

Anders als die Militär- und die Zivilpolizei unterliegt die *Polícia Federal* (Bundespolizei) mit ihren 7.009 Mitgliedern direkt dem Bundesjustizministerium. Ihre Aufgaben bestehen in der Strafverfolgung bei Verbrechen gegen den Bund, in der Prävention und Verfolgung von Drogenhandel und Schmuggel sowie in der Wahrnehmung von Funktionen als See-, Luft-, Grenz und Justizpolizei. Ihr Personal besteht aus Dienststellenleitern, kriminaltechnischen Experten, Ermittlungsbeamten, Schriftführern und Fachleuten verschiedener Spezialisierungen. Sie unterhält in den Bundesländern 27 Dienstseinheiten, 75 Dienststellen (*delegacias*) und 17 Dienstposten, 2 See-, 2 Luftstützpunkte und 2 Seepolizeigruppen.

⁵ Aktuelle Daten aus: Almanaque Abril 2002, São Paulo, 2002, S. 86.

... die Teil der Lösung, aber auch Teil des Problems ist.

Das Problem liegt zum einen in dem ausgesprochen niedrigen Ausbildungsstand und der im Allgemeinen unbefriedigenden Besoldung der Polizisten. Auch ohne Schulabschluss können Bewerber bereits nach nur einem Jahr polizeilicher Fachausbildung in die Reihen der Militärpolizei aufgenommen werden. Der Anreiz, sich zum Offizier fortzubilden, ist gering. Die Folge: Angesichts des tiefen Besoldungsgrabens zwischen den einfachen Militärpolizisten und den Offizieren sehen viele einfache „Soldaten“ in einer Ne-

benbeschäftigung als privater Wachmann oder Sicherheitsbeauftragter einen attraktiven Ausweg. Die an sich verbotene Ausübung eines solchen Nebenjobs verursacht Berufsstress, erhöht das Risiko der Gewaltanwendung in- und außerhalb des Polizeiberufs und macht für Korruption besonders anfällig. Nach Daten der Polizeibeschwerdestelle (*Ouvidoria*) von São Paulo wurde die Mehrheit der 731 zwischen 1991 und 1999 in São Paulo gewaltsam ums Leben gekommenen Polizisten (612 Militärpolizisten und 119 Zivilpolizisten) in ihrer *Freizeit* getötet; nur 203 von ihnen waren im Dienst.

Mit 476.935 Polizisten (= 281 je 100.000 Einwohner) im Juli 2001 kann Brasilien nicht als polizeilich unterversorgt angesehen werden. Je ein Polizist betreut rein statistisch 354 Brasilianer. In entwickelten Ländern wie USA, Australien, Großbritannien, Kanada und Dänemark ist das Verhältnis mit jeweils 393, 414, 406, 474 und 510 erheblich ungünstiger.

Das Interesse einfacher Militärpolizisten an einer zusätzlichen Gehaltsaufbesserung, etwa bei einem privaten Sicherheitsdienst, belegt eine Untersuchung der Polizeihochschule von Niterói aus dem Jahr 2000. Demnach erklärten 69% der 534 befragten Militärpolizisten, einer Nebenbeschäftigung nachzugehen und mehr als die Hälfte der „Nebenbediensteten“ sagten aus, für eine private Sicherheitsfirma tätig zu sein. 164 Befragte erklärten, dass einer ihrer Kameraden während der Ausübung dieses Nebenjobs getötet wurde. 51% der Befragten gaben zu, nach getaner Arbeit im Nebenjob unmotiviert zu sein, um dann noch den Dienst bei der Polizei anzutreten. 49% erklärten, nur sechs Stunden täglich zu schlafen.⁶

Zur mangelhaften Ausbildung und unzureichenden Besoldung kommen noch die ungenügende Ausstattung sowie insbesondere die fehlende Integration zwischen den verschiedenen Polizeidiensten hinzu, um die geringe Effizienz der Polizei zu erklären. Mangelnde Ausrüstung wirkt sich besonders verheerend auf die ermittlungstechnischen und die rechtsmedizinischen Institute aus, während die mangelnde Integration und Zusammenarbeit von Militär- und Zivilpolizei insbesondere die Spurensicherung am Tatort erheblich erschwert und eher zur Ausnahme macht. Ein ungenügender Schutz von Zeugen und Opfern lässt diese mit der Angst vor möglicherweise ernst zu nehmenden Drohungen allein und daher häufig verstummen. Aus diesen Mängeln folgt beinahe zwangsläufig, dass die große Mehrzahl der polizeilichen Ermittlungsverfahren nicht

auf die Sammlung von Beweismaterial sowie auf die Anhörung von Opfern und Zeugen ausgerichtet wird, sondern einseitig darauf, „Geständnisse“ einzuholen. Dass Brasiliens Polizei als sehr gewalttätig angesehen wird, ist kein Zufall.

In ihrem Ersten Bericht zur Umsetzung der UN-Konvention „zu Folter und anderen unmenschlichen oder entwürdigenden Methoden“ hat die brasilianische Regierung – mit zehn Jahren Verspätung – den Vereinten Nationen Informationen über die Anwendung von Folterpraktiken der brasilianischen Polizei vorgelegt. Demnach leitete man seit Inkraft-Treten des brasilianischen Foltergesetzes im April 1997 bis November 1998 in 14 Bundesstaaten 200 polizeiliche Ermittlungsverfahren, rund 100 Strafverfahren und 154 Verwaltungsverfahren gegen Polizisten und Gefängniswärter ein. 1999 wurden allein in fünf Bundesstaaten (Rio Grande do Sul, São Paulo, Rio de Janeiro, Minas Gerais und Pará) 223 Klagen wegen Folter bei den entsprechenden Polizeibeschwerdestellen eingereicht. Zwischen 1996 und 2000 erhielt die Polizeibeschwerdestelle allein im Bundesstaat São Paulo 675 Klagen wegen Folter (davon allein 277 oder 41% im Jahr 2000).

Der Erste Nationale Menschenrechtsbericht, der 1999 vom Zentrum für Gewaltforschung (NEV) der Universität von São Paulo erarbeitet wurde, zeigt auch die häufigen Hinrichtungen von Zivilpersonen durch die Polizei auf. Nach Daten der polizeilichen Beschwerdestelle von São Paulo waren die meisten Opfer eines Polizeieinsatzes 1999 in den Rücken oder am Kopf getroffen worden – was darauf schließen lässt, dass sie auf der Flucht erschossen wurden. Mehr als

⁶ Vgl. Jornal do Brasil, 5.9.2000: „PMs do Rio cumprem dupla jornada“.

die Hälfte der Opfer war bis dahin polizeilich unauffällig gewesen. Nach Daten derselben Behörde wurden zwischen 1991 und 2000 7.479 Personen von Polizisten (7.087 von Militär-, 392 von Zivilpolizisten) getötet. Im gleichen Zeitraum verloren 865 Polizisten (746 Militär-, 119 Zivilpolizisten) gewaltsam ihr Leben, von ihnen waren nur 228 im Dienst.

Auch die Korruptionsanfälligkeit lässt sich mit Daten belegen. Nach ihrer Einrichtung im Jahr 1995 erhielt die genannte Beschwerdestelle zwischen 1996 und 2000 1582 Beschwerden wegen Erpressung durch einen Polizeibeamten und 318 Korruptionsvorwürfe.

Willkürliche Gewaltanwendung und Korruption bei der Polizei wirken sich negativ auf das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung aus. Im Juni 2000 erklärten 65% der insgesamt 11.534 Befragten in 296 brasilianischen Municipien, sie hätten mehr Angst vor der Militärpolizei als Vertrauen in sie; 28% der Befragten waren der Meinung, dass die Mehrzahl der Militärpolizisten in Korruptionsfälle verwickelt sei. Etwas günstiger, aber ebenfalls niederschmetternd fielen die Antworten im Falle der Zivilpolizei (59% und 26%) und der Bundespolizei (42% und 19%) aus.

Zu den verheerenden Folgen der wachsenden Entfremdung zwischen Bevölkerung und Polizei zählen zum einen der zunehmende Trend zum Anheuern privater Sicherheitsdienste und zum anderen der Ruf nach dem – rechtsstaatlich problematischen – Einsatz der Streitkräfte zur Verbrechensbekämpfung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Dies erklärt die drastische Zunahme von privaten Sicherheitsfirmen. Zurzeit sind rund 1.500 solcher Firmen legal eingetragen, aber die Zahl der illegal und ohne polizeiliche Kontrolle arbeitenden Firmen beläuft sich schätzungsweise auf 4.600 Firmen mit über 1,5 Millionen bewaffneten Sicherheitsleuten.⁷ Bei diesen illegal arbeitenden Sicherheitskräften handele es sich nicht immer um „noch aktive Polizisten“ oder um „ehrlche Ex-Polizisten“, als die sie sich in der Regel ausgeben, sondern oft um Mechaniker, Fahrer, Reinigungspersonal oder sogar um Spitzel, die im Auftrag von Entführern und Dieben handeln, erklärte der Stellvertretende Minister für Öffentliche Sicherheit von Rio de Janeiro, Oberst Lenine de Freitas (vgl. *Jornal do Brasil* 6.6.2000).

Überfüllte Gefängnisse, überforderte Justiz

Die Situation wird durch die Tatsache erschwert, dass – wenn die Polizei einmal richtig funktioniert –, die Justiz ins Stolpern gerät und zwar aufgrund der nicht ausreichenden Anzahl von Amtsrichtern oder fehlenden Belegungsplätzen in den Gefängnissen. Die Gesamtzahl der Gefangenen nahm zwischen 1995 und April 2001 um

50,5% auf 223.220 zu, zugleich verdoppelte sich die Anzahl der Gefängnisse auf 862, aber die Kapazität (158.561 Belegungsplätze) wird immer noch um 41% übertroffen.

Die Überbelegung betrifft vor allem die Arrestzellen in Polizeidienststellen und Untersuchungsgefängnissen, wo insgesamt 61.852 Menschen bei einer Kapazität für nur 7.475 festgehalten werden. Ein verschlimmernder Umstand tritt hier hinzu: Verurteilte Personen sitzen neben Untersuchungshäftlingen in einer Promiskuität, die aus dem staatlichen Gewahrsam eine regelrechte Verbrecherschule macht.

Zudem gehen mit der Überbelegung von Gefängnissen gesundheitlich bedenkliche Haftbedingungen einher, darunter schlechte Belüftung, Beleuchtung, Temperatur und Hygiene. Haut-, Lungen- und Magenkrankheiten werden dadurch begünstigt, von AIDS und TBC ganz zu schweigen. Die Kombination von schlechten Haftbedingungen und der aufkommenden Organisierung von Gefängnisinsassen in Dachverbänden wie der PCC (*Primeiro Comando da Capital*) in São Paulo oder der CV (*Comando Vermelho*) in Rio de Janeiro, die inzwischen dank korrupter Wachbeamte mit Hilfe von Handys ein überregionales Netz von Kriminellen in- und außerhalb der Gefängnisse geschaffen haben, führt zu einer explosiven Mischung, die sich immer häufiger in Gewaltausbrüchen wie Gefängnismeutereien mit zahlreichen Meuchel-, Geisel- und sonstigen Morden sowie Gefangenenbefreiungen äußert.

Die Überbelegung von Arrestzellen mit Untersuchungshäftlingen ist eine direkte Folge der ungenügenden Anzahl von Amtsrichtern. Brasilien weist ein Verhältnis von nur einem Richter je 17.500 Einwohner auf.⁸ Berücksichtigt man nur

⁷ Angaben über die legal eingetragenen Firmen: Sônia de Melo, Abteilung für Kontrolle der Privaten Sicherheitsdienste der Bundespolizei; Angaben über die illegal arbeitenden Dienste: Nationale Föderation der Privaten Sicherheitsunternehmen. In: *Jornal do Brasil* 22.9.2000.

⁸ Deutschland: 1:3.448; USA: 1:9.000; Argentinien: 1:17.000.

Richter der ersten Instanz, so verschlechtert sich das Verhältnis auf 1:26.000.⁹ Darin spiegelt sich ebenfalls ein unzureichender Zugang der Bevölkerung zur Justiz wider.

Lösungen oder Fata Morgana in Sicht?

Kein Zweifel: Cardosos Nationaler Plan zur Öffentlichen Sicherheit vom 20.6.2000 wirkte wie ein Schuss aus der Schrotflinte. Die Streuung war so breit, dass eines oder mehrere seiner Ziele mit Sicherheit getroffen wurden. Nach Einschätzung des (inzwischen zum Menschenrechtsbeauftragten der Regierung avancierten) Experten Paulo Sérgio Pinheiro, damals Koordinator des Studienzentrums für Gewaltfragen der Universität von São Paulo, stellte das Regierungspaket aufgrund seines breiten Ansatzes „einen Markstein in der Geschichte der Republik“ dar (Veja 28.6.2000). Der neue Plan sah u.a. folgende konkrete Maßnahmen vor:

- *Einstellung von 2.100 Bundespolizisten* – Die Bundespolizei soll damit verstärkt werden und ihrer Idealzahl von 15.000 Mann näher kommen.
- *Einrichtung eines Finanzierungsfonds für den Kauf von Polizeiausrüstung und für das Training von Polizeibeamten* – Um zu diesen Mitteln Zugang zu erhalten, müssen die Landesregierungen – nach dem Muster einer ähnlichen erfolgreichen Maßnahme in den USA – bestimmte Kriterien erfüllen.
- *Aufstellung eines integrierten polizeilichen Informationssystems* mit einer aktualisierten Datenbasis.
- *Intensiver Einsatz in kritischen Schwerpunktzonen* – Verschiedene Studien belegen, dass 90% aller Verbrechen auf nur 5% aller Straßen begangen werden.
- *Verfolgung von Jugendbanden und Betreuung von Jugendlichen* – Die Mehrzahl der Verbrechen wird von jungen Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren begangen.
- *Zeugenschutzprogramm* – Nur selten sind die Zeugen bereit auszusagen, wenn ihnen kein Schutz geboten wird. Allein während der Arbeit der Parlamentarischen Untersuchungskommission zum Drogenhandel (1999-2000) wurden acht Zeugen ermordet.
- *Infiltrierung von Polizeibeamten in Verbrechermilieus;*

⁹ Angaben von Luiz Werneck Viana, Saked und Arantes sowie Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik IBGE in: Almanaque Abril 2002, São Paulo 2002, S. 92.

- *Schaffung von 25.000 neuen Belegungsplätzen in Länder- und Bundesgefängnissen;*
- *Umstrukturierung der Zivilpolizei in den Bundesstaaten* im Sinne einer integrierten Zusammenarbeit mit den übrigen Sicherheitsorganen der Bundesstaaten und des Bundes.

Das Problem des besten Planes ist dessen schlechte Umsetzung

Bereits 30 Tage nach Lancierung des Programms bilanzierte „Super-Justizminister“ José Gregori das Erreichte überaus positiv: Er kündigte die Freigabe von R\$ 257 Mio. für die 26 Bundesstaaten und den Bundesdistrikt an; mit den erhaltenen Mitteln hätten die Bundesstaaten 20.721 Waffen verschiedenen Typs, 8.800 Computer, 44.000 Sicherheitsausrüstungen wie schussichere Westen und Helme, 4.736 Kraftfahrzeuge, 15 Schnellboote und zwei Hubschrauber angeschafft sowie 9.460 Polizisten trainiert. Ferner habe die Regierung 2.000 Kampagnen für die Rückgabe von Waffen in den Bundesstaaten São Paulo, Santa Catarina, Goiás und im Bundesdistrikt durchgeführt, bei denen insgesamt 2.591 Feuerwaffen eingezogen worden seien. Schließlich wurden R\$ 106 Mio. für den Bau von Gefängnissen freigegeben. Und von den insgesamt R\$ 224,4 Mio., die für diesen Zweck vorgesehen waren, wurde bis August 2001 knapp die Hälfte bereitgestellt, womit die Gesamtkapazität um weitere 14.000 Belegungsplätze erweitert werden konnte.

Es bleibt allerdings zweifelhaft, ob es den Bundesstaaten gelingt, angesichts ihrer chronisch prekären Haushaltslage ihren Finanzierungsteil des 3-Mrd.-Gesamtprogramms aufzubringen – und der beläuft sich auf immerhin R\$ 1,7 Mrd. Zwar hat die Bundesregierung bei der Planimplementierung die Prioritäten richtig gesetzt, als sie São Paulo und Rio de Janeiro ganz oben ansetzte. Doch gerade in Rio ist der korporative Widerstand gegen die beabsichtigte Polizeireform – ein Zusammengehen von Zivil- und Militärpolizei – am stärksten. Zwar taten sich die beiden Polizeidienste jüngst zusammen, doch nur, um die Vereinheitlichung von Zivil- und Militärpolizei unter dem einheitlichen Kommando der von Gouverneur Garotinho geplanten „Neuen Polizei“ gerichtlich zu verhindern.

Und bei den Gerichten scheinen Rios Polizisten nicht auf taube Ohren zu stoßen. Denn ein Gericht in Rio de Janeiro hat in einer wichtigen Angelegenheit zu Gunsten der Militärpolizei und gegen die Landesregierung entschieden. Es ging um die Zahlung einer Prämie von 50 bis 150%

eines Monatssolds für „mutige Taten“ beim Einsatz als Militärpolizist oder Feuerwehrmann. Aufgrund dieses Landesgesetzes von 1995 war die Zahl der bei einem Polizeieinsatz ums Leben gekommenen Zivilisten von 3,20 im Monatsdurchschnitt des Jahres 1995 auf 20,55 im Jahr 1996 angestiegen – eine Versechsfachung im Laufe eines einzigen Jahres! (vgl. Jornal do Brasil 5.6.2001). Mit einem neuen Landesgesetz stoppte Garotinho 1998 sämtliche einschlägige Zahlungen. Der Gerichtsentscheid von 2001 aber verpflichtete die Landesregierung zur Zahlung der bereits genehmigten so genannten „Farwest-Gratifikationen“ und schloss von der Zahlungspflicht nur die nach Verabschiedung des Gesetzes neu hinzugekommenen Fälle aus.

Eine weitere Schlappe erlitt die Landesregierung von Rio de Janeiro bei ihrer Kampagne zur Säuberung in den Polizeireihen, als dasselbe Gericht die Wiedereinstellung all derjenigen Polizisten und Beamten anordnete, die wegen Verwicklung in die so genannte „faule Seite“ der Polizei (*banda podre*) ihrer Funktionen enthoben worden waren und Gehaltskürzungen hinnehmen mussten: Unter den insgesamt 874 betroffenen Landesbediensteten befanden sich 652 Zivil- und Militärpolizisten. Gegen den Gerichtsbeschluss will die Landesregierung Berufung einlegen, da es sich dabei um einen reinen „Verwaltungsbeschluss“ handle, für den folglich keine Beweissicherung notwendig sei.

Aber es lassen sich durchaus auch Fortschritte feststellen: So fand das 1999 initiierte Bundesprogramm zur Betreuung von Opfern und bedrohten Zeugen (PROVITA) bereits im darauf folgenden Jahr die Zustimmung von zehn Bundesstaaten, die im Rahmen eigener Umsetzungsstrategien insgesamt 328 Personen Schutz gewährten. Im operationalen Bereich gewann die Polizei in São Paulo seit Januar 2002 die Handlungsinitiative gegenüber Entführerbanden und organisierten Gefangenen-Kommandos zurück und verzeichnete eine ganze Reihe von Erfolgen bei der Befreiung von entführten Personen und bei der Festnahme von Entführerbanden. Und in Rio de Janeiro hat der Ausbruch offener Feindseligkeiten zwischen rivalisierenden Drogenbanden in den Favelas im Mai/Juni 2002 die Polizei zur dezidierten Intervention in den „Bergen“ von Rio de Janeiro gebracht, wo emblematisch die Existenz einer Art „Parallelstaat“ der Drogenmafia u.a. vom Bundesjustizminister gebrandmarkt wird. Das rasche Auffinden und die Festnahme von geständigen Drogenhändlern, die an der Entführung und Ermordung des am 2. Juni 2002 verschwundenen Globo-Journalisten teilgenom-

men hatten, zeigen denn auch, dass das konzentrierte Auftreten der beiden Polizeiorganisationen zusammen mit der Bundespolizei durchaus Aussicht auf Erfolg hat.

Doch die Bilanz zwei Jahre nach In-Kraft-Treten des Nationalen Sicherheitsplans bleibt ernüchternd: Von den 25.000 neuen Belegungsplätzen, die bis Ende 2002 eingerichtet werden sollten, wurden bis zum 22. Februar 2002 lediglich 11.000 geschaffen, und vom Bau eines umfassenden Systems von Bundesgefängnissen mit höchster Sicherheitsstufe nahm die Regierung inzwischen Abstand, um sich mit dem Bau von kleineren, dezentralen Einheiten zu begnügen. Und statt 2.100 neuer Bundespolizisten wurden bis Ende 2002 lediglich 500 neu eingestellt; bis zum 4. Juni 2002 hatte die Bundespolizei aufgrund von Haushaltskürzungen keine einzige Zuwendung vom Haushalt 2002 erhalten und musste sogar laufende Programme zurückfahren oder einstellen (O Estado de São Paulo, 4.6.2002). Unter dem Eindruck der Ermordung des Bürgermeisters von Santo André, Celso Daniel, Anfang Januar 2002 gab der Regierungschef unumwunden zu, dass die Regierungsausgaben für den Bereich der öffentlichen Sicherheit nicht nur ungenügend, sondern im Rahmen der parlamentarischen Verabschiedung des Haushalts 2002 noch weiter gekürzt worden seien (von R\$ 465,8 Mio. auf R\$ 386,2 Mio.).

Was bleibt, ist die Beratung möglichst kostenneutraler gesetzlicher Maßnahmen. Allein bis zum 28. Januar 2002 befanden sich 185 Gesetzesentwürfe in der Abgeordnetenkammer und 40 im Senat zur Beratung. Die hohe Priorität dieser Gesetzesvorhaben zumindest für die Abgeordnetenkammer wird daran ersichtlich, dass sie in einem Gesamtpaket zusammengeschlüsselt wurden und bis zur Jahresmitte abschließend beraten sein sollen, selbst wenn dafür zusätzliche Sitzungen der Abgeordneten anberaumt werden müssen. Auch der Senat gab der Verabschiedung des Sicherheitspakets hohe Priorität und konnte Anfang Juni Teile davon auf den Weg bringen und der Abgeordnetenkammer zur abschließenden Beratung vorlegen. Sie betreffen Gesetzesentwürfe zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität (Verschärfung der Strafen bei Geldwäschdelikten und beim Drogenhandel), Alternativstrafen zur Förderung der Resozialisierung durch berufsbildende Kurse, verschärfte Strafen bei Mord und die Änderungen der Strafprozessordnung.

Auf der operationalen Ebene wurden Anfang Juni zwei wichtige Schritte in Richtung einer Integration der Polizeidienste getan. Mit einer Verordnung des Bundesjustizministeriums wurde

eine *taskforce* eingerichtet, die praktisch zur ersten nationalen Polizeieinheit mit Mitgliedern der Bundes- sowie der einzelstaatlichen Zivil- und Militärpolizei werden soll: Das „Programa Força-Tarefa PROFORT“, das zunächst für die Bundesstaaten São Paulo, Mato Grosso do Sul, Paraná und Santa Catarina eingerichtet werden soll. Mit dem zweiten Schritt rückt die Zivilpolizei des Südostens (São Paulo, Espírito Santo und Minas Gerais) durch die Vernetzung ihrer Datenbasis zusammen.

Im Kampf gegen die Kriminalität werden die Fronten klarer. Auf der einen Seite konsolidiert sich der Rechtsstaat aufgrund der in den letzten Jahren intensivierten Bekämpfung von Korrupti-

on in Polizei, Justiz und Politik sowie aufgrund der dem Parlament zur Verabschiedung anstehenden Reformvorhaben des Strafrechts und Strafverfahrensrechts. Auf der anderen Seite sind die Kriminellen dank modernster Kommunikations- und Waffentechnologie zunehmend besser organisiert und in ihren Handlungen immer dreister. Diese Polarisierung führt dazu, dass die öffentliche Sicherheit zu einem der entscheidenden Themen des im Juni beginnenden offiziellen Wahlkampfs wird, der nicht nur den nächsten Präsidenten, sondern darüber hinaus auch die Senatoren, Bundes- und Landesabgeordnete sowie die 27 Ländergouverneure für die Zeit von 2002 bis 2006 bestimmen wird.

Autorennotiz:

Gilberto Calcagnotto, M.A., Lic. Phil., Soziologe, Wiss. Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde, wo er als Brasilien-Referent tätig ist. E-Mail: calcagnotto@public.uni-hamburg.de

Sabine Kurtenbach (Hrsg.)

**Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche
Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure**

Frankfurt/Main: Vervuert 2001, 254 Seiten,
ISBN 3-89354-254-X, € 24,80

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 54

In den vergangenen Jahren hat sich Kolumbien zum sicherheitspolitischen Brennpunkt Lateinamerikas entwickelt. Dies liegt nicht nur daran, dass Kolumbien Schauplatz des ältesten internen Kriegs Lateinamerikas ist, sondern dass Gewalt in diesem Andenstaat ein vielschichtiges Phänomen ist. Neben der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Regierung und Guerilla wird die Gewalt in dem Andenstaat durch den Drogenhandel und ein hohes Maß an Kriminalität angeheizt. Parallel zur Eskalation der Gewalt hat sich das Engagement regionaler und internationaler Akteure in den vergangenen Jahren verstärkt. Ansatzpunkt für das internationale Engagement war zunächst das Thema Menschenrechte, aber in wachsendem Maß sollen externe Akteure auch bei der Beendigung des Krieges helfen. Der Sammelband ist das Ergebnis einer Tagung, die das Institut für Iberoamerika-Kunde mit finanzieller Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung im Juli 2000 durchgeführt hat.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Nina Grabe und Jens Urban

Bezugsbedingungen: € 61,50,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30,- erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Gilberto Calcagnotto / Detlef Nolte (Hrsg.)

Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch

Konkurrenz und Kongruenz der Integrationsprozesse in den Amerikas

Frankfurt/Main: Vervuert 2002, in Druck

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde,
Hamburg, Band 56

Ausgehend von der wissenschaftlichen Diskussion über das Wechselverhältnis von Regionalisierung und Globalisierung und den verstärkten Integrationsprozessen, die in Südamerika und in der gesamten westlichen Hemisphäre in den 90er Jahren zu verzeichnen waren, werden zunächst Hintergründe und Folgen der Neuausrichtung der brasilianischen Außenpolitik gegenüber seinen Nachbarn bewertet. Wie die neue Rolle Brasiliens von externen Akteuren außerhalb Südamerikas wahrgenommen wird, ist das Thema des zweiten Teils. Einer ambivalenten Position seitens der USA und Mexikos steht die eindeutig positive Haltung der EU gegenüber, die sowohl eine unabhängigere Rolle Südamerikas gegenüber den USA als auch eine engere wirtschaftliche Integration bejaht. Im dritten Teil geht es darum, wie wichtige südamerikanische Länder die neue Rolle Brasiliens wahrnehmen und wie sie ihre eigene Position gegenüber Brasilien sowie im südamerikanischen und im gesamtamerikanischen Integrationsprozess definieren. Ausgewählt wurden Argentinien, Chile, Peru und Venezuela. Deutsche Lateinamerika-Experten aus den Bereichen Außenpolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen, ausgewählte lateinamerikanische Wissenschaftler aus Brasilien und Chile sowie außenpolitische Praktiker kommen dabei zu Wort.

Institut für Iberoamerika-Kunde
Beiträge zur Lateinamerikaforschung

Seit 1999 werden in der Reihe „**Beiträge zur Lateinamerikaforschung**“ in unregelmäßiger Folge aktuelle Forschungsergebnisse veröffentlicht. Die Hefte bieten präzise Informationen und neue Diskussionsbeiträge, die zur vertieften Beschäftigung mit zentralen Problemen der lateinamerikanischen Gesellschaften anregen sollen. Bisher sind folgende Nummern erschienen:

Ralf Breuer

Deutschland –Kuba

Die bilateralen Beziehungen im Spannungsfeld internationaler Politik

(Band 8, Hamburg 2002, 93 Seiten)

EUR 7,70

Peter Peetz

Neopopulismus in Lateinamerika

Die Politik von Alberto Fujimori (Peru) und

Hugo Chávez (Venezuela) im Vergleich

(Band 7, Hamburg 2001, 132 Seiten)

EUR 7,70

Wolfgang Hirsch-Weber/Detlef Nolte (Hrsg.)

**Lateinamerika: ökonomische, soziale und politische
Probleme im Zeitalter der Globalisierung**

(Band 6, Hamburg 2000, 138 Seiten)

EUR 7,70

Jens Urban

**Die lateinamerikanischen Studierenden an der
Universität Hamburg, 1919-1970**

(Band 5, Hamburg 2000, 134 Seiten)

EUR 7,70

Heinrich W. Krumwiede/Detlef Nolte

**Die Rolle der Parlamente in den Präsidialdemokratien
Lateinamerikas**

(Band 4, Hamburg 2000, 196 Seiten)

EUR 9,20

Georg Bukes

**Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung
und Demokratisierung. Das Beispiel Bolivien**

(Band 3, Hamburg 1999, 179 Seiten)

EUR 7,70

Klaus Bodemer/José Luis Corragio /Alicia Ziccardi

Urban Social Politics at the Turn of the Millenium

(Band 2, Hamburg 1999, 109 Seiten)

EUR 7,70

Bert Hoffmann

The Cuban Transformation as a Conflict Issue in the Americas.

The Challenges for Brazil's Foreign Policy

(Band 1, Hamburg 1999, 72 Seiten)

EUR 7,70

Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg

Tel. 040 / 41 47 82 01 – Fax 040 / 41 40 82 41

E-Mail: iikhh@uni-hamburg.de – Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>